

Analysen zur
amerikanischen Außenpolitik,
zu Präsident Bush und seinem
Herausforderer John F. Kerry

Amerika im Wahlkampfieber

Christian Hacke

Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, John F. Kerry, hat am 6. Juli Senator John Edwards zu seinem potenziellen Vizepräsidenten erklärt. Nach dem Wahlkonvent der Demokraten tritt nun der amerikanische Wahlkampf in seine heiße Phase. Das bedeutet auch, dass auf dem deutschen Büchermarkt die Titel über die USA, die amerikanische Außenpolitik, über Präsident Bush und seinen Herausforderer John F. Kerry besondere Aufmerksamkeit finden. Im Folgenden soll dem aufmerksamen Leser der *Politischen Meinung* die Auswahl der Publikationen etwas erleichtert werden.

Seit einigen Monaten beherrschen besonders amerikakritische – um nicht zu sagen antiamerikanische – Titel die Auslagen deutscher Buchhandlungen. Europäische wie amerikanische Autoren von Peter Pilz und Emmanuel Todd bis Michael Moore und Norman Mailer zerzausen George W. Bushs Politik und beklagen vor allem die fatalen außenpolitischen Fehler und Versäumnisse. Es verrät viel über den Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen, mit welchem Eifer kritisch-polemische amerikanische Titel übersetzt und hier publiziert werden, während der Großteil der seriösen Untersuchungen ignoriert wird.

Ein hastiger Ritt

Das „Schwarzbuch“ von Peter Scowen, einem Journalisten des Toronto Star, reiht sich nahtlos in die Schwemme ein. In der Danksagung gesteht er, das Buch im Wesentlichen innerhalb von zwölf

Wochen recherchiert und geschrieben zu haben – und genauso liest es sich auch. Es ist ein hastiger Ritt durch die außenpolitische Geschichte der USA im zwanzigsten Jahrhundert, natürlich als „Perlenschnur“ der größten außenpolitischen Fehler und Versäumnisse: Von Hiroshima über Vietnam, Nicaragua, Chile bis zu den Golfkriegen von 1991 und 2003 werden zum großen Teil zwanghafte Vergleiche und Konsequenzen zusammengewürfelt. Nur schwer erträglich ist es, wie Scowen die Atombombenabwürfe auf Japan moralisierend verkürzt und grundsätzlich mit Fakten selektiv hantiert, als gäbe es keine jahrzehntelangen vielschichtigen Debatten über die oben genannten Themen, Krisen und Ereignisse.

Scowens Sache ist eindeutig, es ist die Anklage: Was nicht in dieses Amerikabild passt, wird manipuliert oder weggelassen. Zahlreiche Ungenauigkeiten im Ausdruck und alberne Überspitzungen sollen helfen, diese Bruchstellen seiner Darstellung zu übertünchen. Der häufige Verweis Scowens auf seine Schwester, die bei den Anschlägen vom 11. September „beinahe“ ums Leben gekommen wäre, wirkt in diesem Zusammenhang peinlich.

Dazu versteht Scowen sich explizit in der Tradition streitbarer Gelehrter wie Chalmers Johnson, Gar Alperovitz, Noam Chomsky und Benjamin Barber, die er auch ausführlich zitiert, um nicht zu sagen plündert. Er erreicht jedoch nur selten deren Originalität, intellektuelle Schärfe und sprachliche Kraft.

(Peter Scowen, USA. Ein Schwarzbuch, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2004, 297 Seiten)

Widersprüchliches Bild

Clyde Prestowitz hingegen beweist, dass man auch dieser Tage Kritik an Amerika ganz sachlich, nüchtern und unter Anerkennung der Leistungen der USA üben kann, um damit umso überzeugender zu wirken.

Der reißerische Titel vom „Schurkenstaat“ wird von Prestowitz geschickt verwandt. Er folgt der Definition aus Websters Wörterbuch, wonach „schurkisch“ als „nicht mehr dazugehörig oder akzeptiert, weder kontrollierbar noch verantwortungsbewusst, andersartig, ungewöhnlich schonungslos und unberechenbar“ gilt. An dieser Richtschnur reiht er Fallbeispiele auf, die belegen, wie sich die USA seit dem Ende des Kalten Krieges zunehmend aus der internationalen Gemeinschaft ausklinken und stattdessen einen zunehmend unilateralen Kurs verfolgen: Die Haltung der USA zum Internationalen Strafgerichtshof, zu den Verträgen zum Bann von Landminen oder zur Einschränkung von ABC-Waffen, zur nationalen Raketenverteidigung und zum ABM-Vertrag sowie natürlich Amerikas Rolle im jüngsten Irak-Krieg geben ein entsprechend komplexes, um nicht zu sagen widersprüchliches Bild.

Besonders gelungen sind die Kapitel zum Freihandel – Prestowitz war unter Reagan hochrangiger Berater im Handelsministerium – und zum Kyoto-Protokoll. In beiden Fällen liefert er einen präzisen Abriss der Problementwicklungen. So kommt er zu dem Schluss, dass die USA eine Politik des „Tut, was ich sage, nicht was ich tue“ verfolgen, die ihnen auf lange Sicht schadet und erbitterte Gegner beschert.

Prestowitz' abgewogene Analyse verweist zu Recht auf die wachsende Diskrepanz zwischen idealistischer Rhetorik

und nationalistisch-imperialistischer Politik. Doch würdigt er auch die ordnungspolitischen Leistungen der Vereinigten Staaten und ihre zivilisatorische Vorbildrolle, die allerdings in den vergangenen Jahren rasant zusammengeschnitten ist. Wenn er den verschwenkerischen Umgang der Amerikaner mit Ressourcen oder die widersprüchliche Subventionspolitik der Regierung anprangert, speist sich seine Kritik aus einem wertebezogenen Patriotismus, der sich realpolitisch jedoch immer mehr ausdünnert. Allerdings ist es kein Zufall, dass seine Kritik bei den „weichen“ Themen am meisten überzeugt, denn im Hinblick auf die völkerrechtlichen und militärischen Fragen vernachlässigt er die Leistungen der USA. Angesichts der neuen globalen Herausforderungen in einer unipolaren Welt kann internationale Stabilität dann optimiert werden, wenn sich die Supermacht übermäßigen Bindungen verweigert, zugleich aber ihre ordnungspolitische Rolle mit zivilisatorischem Vorbildbewusstsein koppelt. Anders gefragt: Wie viel Sicherheit und Ordnung gäbe es im internationalen System, hätten die USA – etwa bei den Balkankriegen – nur das Völkerrecht beachtet, aber keine ordnungspolitische Führungsrolle übernommen?

Prestowitz hat ein lesenswertes Buch vorgelegt, das nachdenklich stimmt: Seine Mahnung, die amerikanischen Ideale weniger für den rhetorischen Baukasten der Redenschreiber zu verwerten als zur Veredelung praktischer Politik, überzeugt. Nur wenn Washington die Fülle der Macht verantwortlich und kooperativ einbeziehungsweise umsetzt, kann es Einfluss und Ansehen zurückgewinnen. Selbstkritik im Sinne dieses Buches gehört dazu, damit nicht das Bild vom unberechenbaren abseitigen Schurkenstaat, wie es sich im Zuge der scheußlichen Bilder aus dem Irak in den vergangenen Wochen gefestigt hat, sondern Amerikas

Rolle als internationale Führungsmacht wieder an Strahlkraft gewinnt.

(Clyde Prestowitz, *Schurkenstaat. Wohin steuert Amerika?*, Artemis & Winkler Verlag, Düsseldorf und Zürich 2004, 363 Seiten)

Die Ordnungsmacht

Ganz anders bewertet Nial Ferguson die weltpolitische Rolle der Vereinigten Staaten: Für Ferguson sollten die USA heute die Rolle spielen, die früher das britische Empire innehatte, als weltpolitische Ordnungsmacht im Zeichen von Globalisierung und Antiterrorkampf. Ferguson plädiert für ein demokratisches Imperium der USA, an dem die Welt genesen soll: reich, militärisch überlegen und als kulturelles Vorbild. Obwohl diese Attribute den Charakter eines echten Imperiums nicht treffen, bleibt dieses Buch informativ, und die Pointen des Autors sind treffend: „Wie der wankelmütige Leutnant Linkerton in Puccinis *Madame Butterfly* durchliefen die amerikanischen Auslandsinterventionen regelmäßig drei Phasen: feurig im ersten Akt, abwesend im zweiten, gepeinigt im dritten Akt.“ Sein Plädoyer für die USA als Weltordnungsmacht in einer unipolar geprägten Welt wird zu Recht kontrovers diskutiert, vor allem weil er noch mehr militärischen Einsatz fordert: „Die (amerikanischen) Eroberungen werden nicht einmal als Eroberungen betrachtet. Auf das berühmte Bonmot des viktorianischen Historikers J. R. Seely, die Briten hätten ihr Empire in einem Anfall der Geistesabwesenheit erworben, haben die Amerikaner noch eines draufgesetzt: Bei ihnen ist aus der Geistesabwesenheit eine voll ausgebildete Kurzsichtigkeit geworden. [...] Dabei entsteht das Problem, dass es bei der Intervention zu zwei Fehlern neigt: unzureichende Mittel für die nichtmilitärischen Aspekte des Unternehmens bereitzustellen und in unrealistisch kurzer Zeit einen wirtschaftlichen und politischen

Wandel erreichen zu wollen.“ Dabei ist sein Blick für das Irakdebakel nicht unkritisch: „Für den Wiederaufbau allerdings ist der Terminator nicht programmiert. Er hinterlässt nichts als Zerstörung.“

Daraus schlussfolgert Ferguson, dass die USA – ob als Hegemon, als Imperialmacht oder Ordnungsmacht – die daraus abgeleiteten Aufgaben kraftvoll wahrnehmen sollten. Ob die Beschäftigung mit der Geschichte anderer Imperien allerdings in Washington Bescheidenheit und Demut lehrt, die George W. Bush als Präsidentschaftskandidat angeraten hat, bleibt zweifelhaft. In einem Punkt jedoch ist Ferguson Recht zu geben: „Wie bei Gibbons Rom dürfte der imperiale Niedergang der USA eher im Innern beginnen.“

(Nial Ferguson, *Das verleugnete Imperium: Chancen und Risiken amerikanischer Macht*, Verlag Propyläen, Berlin 2004, 447 Seiten)

Der allzu blasse Herausforderer

Der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, John F. Kerry, steht in den USA seit dreißig Jahren im Mittelpunkt der Öffentlichkeit, hingegen ist der Senator aus Massachusetts den Europäern, insbesondere den Deutschen, erst als demokratischer Präsidentschaftskandidat bekannt geworden.

Deshalb greift man mit Interesse zu zwei Biografien von Kranish und Mooney sowie von Koydel, die über Kerry als möglichen nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten Aufschluss geben: Kerry wurde am 11. Dezember 1943 als Sohn eines amerikanischen Diplomaten in Denver geboren, gilt aber als ein Mann ohne wirkliche geografische Wurzeln. Er gehört einer altehrwürdigen Familie aus Massachusetts an, die aber dem jungen Kerry weder Reichtum, Einfluss noch familiäre Wärme vermitteln konnte. Hieraus erklärt sich vielerlei für seinen künftigen Lebenslauf.

Als Diplomatensohn lernte Kerry als Zwölfjähriger auch Deutschland und Berlin kennen, wo sein Vater als Rechtsberater des US-Hochkommissariates stationiert war: „Ich war zwölf Jahre alt“, sagte Kerry, „es war ein Spaß, ein Abenteuer. Ich weiß noch, dass ich Hitlers Bunker sah. Mein Fahrrad war die große Freiheit, die Möglichkeit, Eltern, Regeln und all diesen Sachen zu entkommen.“ Er radelte nicht nur durchs Brandenburger Tor, sondern verbrachte dann prägende Schuljahre in Internaten wie Montana am Zuger Berg in der Schweiz und dann an der Ostküste der Vereinigten Staaten. John F. Kennedy, den er im Umkreis seiner Familie kennen lernte, wurde ihm zum politischen Vorbild. Er durfte zwar Kennedy einmal die Hand schütteln und mit ihm segeln, doch in dieser elitären Welt bleibt er ein Außenseiter; es fehlten ihm auch die finanziellen Mittel.

So blieb er nicht ohne Frustration an das Milieu der exklusiven Welt der Reichen und Privilegierten gebunden.

Umso konsequenter und ehrgeiziger studierte er an der Yale-Universität und leistete dann in Vietnam seinen Militärdienst. Von seiner ursprünglich patriotischen Einstellung blieb dort wenig übrig: Erschüttert vom Tod naher Freunde und vom Anblick der Gewalt gegen vietnamesische Soldaten und Zivilisten, wurde Kerry in den USA an der Schwelle der siebziger Jahre kurzzeitig neben Jane Fonda zur Ikone der Antikriegsbewegung: Unvergessen ist sein Auftritt vor dem Kongress mit der Frage: „Wie können Sie von einem Mann verlangen, als Letzter für einen Irrtum zu sterben?“

Politische Laufbahn

Kerrys politische Laufbahn in Massachusetts und später auf dem Kapitol verlief bis Anfang der neunziger Jahre in konventionellen Bahnen: Im Schutz und Schatten von Senator Edward Kennedy kletterte er langsam, aber stetig und vor

allem unauffällig in der Hierarchie des Senats nach oben. Doch Anfang der neunziger Jahre wirkt Kerry mit, als die USA unter der Führung von Präsident Clinton ihre Beziehungen zu Vietnam normalisieren.

Kerry war und ist kein Pazifist, das machen diese beiden Biografien deutlich, aber Vietnam beeinflusst sein außenpolitisches Denken und Handeln, wie seine kritische Haltung zur Mittelamerikapolitik der USA der achtziger Jahre und zu den Golfkriegen 1991 und 2003 beweist.

Doch beide Biografien sind nicht unkritisch, sie verweisen auch auf Kerrys Schwächen: Zu oft bezieht der Senator vieldeutig Stellung, widerspricht sich oder will es allen recht machen: 1991 stimmte Kerry gegen den Golfkrieg, lobte dann aber den raschen Sieg von Präsident George Bush senior, 2002 votierte er zunächst für den Krieg gegen Saddam Hussein, verurteilte dann aber die Invasion. So ist Kerry in den Geruch eines Opportunisten geraten – schon 1971, als er gegen den Vietnamkrieg protestierte, in dem er Orden und Ehrenzeichen über einen Zaun vor dem Kapitol warf, dann aber erklärte, es habe sich lediglich um Orden gehandelt, die einem anderen Veteranen gehört hätten.

Doch gerade die Biografie von Kranish, Mooney und Easton zeigt, dass Kerry zu einem nachdenklichen und umsichtigen US-Senator herangereift ist, seitdem er mit 41 Jahren in den Senat gewählt wurde.

Das private Schicksal

Jenseits des politischen Erfolges war sein Leben nicht ungetrübt: Seine erste Frau litt unter schweren Depressionen, die Scheidung machte ihn einsam, dazu pflasterten finanzielle Probleme seinen Lebensweg. Bis es schließlich das Schicksal gut mit ihm meinte: Zu Beginn der neunziger Jahre lernt er die attraktive und intelligente Witwe von John Heinz, Erbin

eines riesigen Familienvermögens aus der Nahrungsmittelbranche, kennen und lieben. Theresa Heinz, Tochter eines portugiesischen Krebspezialisten an der Majoklinik, engagierte sich in Südafrika gegen die Apartheidpolitik, war als Beraterin an der UNO in New York tätig, spricht fünf Sprachen fließend und steht vor allem in dem Ruf, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Ihr Einfluss auf Kerry ist nicht zu unterschätzen, das machen beide Biografien deutlich.

Seit seiner Heirat mit ihr 1995 lebt Kerry endlich den ersehnten großen Stil der Superreichen, bleibt aber in sozialpolitischen Fragen dem Gewissen der Demokratischen Partei verpflichtet. So lässt sich als Fazit festhalten: Sollte Kerry die Präsidentschaftswahlen gewinnen, würde er die USA außen- und innenpolitisch wieder auf die Grundlinien demokratischer Außenpolitik verpflichten, wie sie seit John F. Kennedy und Bill Clinton gelegt wurden.

Für das liberale Amerika

Doch während der Präsidentschaft von George W. Bush, insbesondere unter dem Eindruck des 11. September 2001, hat sich auch das innenpolitische Klima in den USA verschoben. Kerry steht für das liberale Amerika, das seit dem innenpolitischen Ruck zur militanten Selbstbehauptung einen schwereren Stand hat. Durch Bushs kontroverses Engagement im Irak wird eine außen- und innenpolitische Militarisierung in Staat und Gesellschaft befördert, die, zusammen mit dem neuen Trend zur religiösen Erneuerung, die klassischen liberalen Attribute und Ame-

rikas Rolle als zivilisatorisches Vorbild in der Welt verblasen lässt.

In beiden Biografien wird Kerry als ein Neuengland-Aristokrat geschildert, der Probleme hat, eindeutig politische Stellung zu beziehen, dem Humor fehlt und dem es letztlich bis dato nicht gelingt, Präsident Bushs Fehler und Versäumnisse in wahlpolitische Vorteile umzumünzen.

Gerade dem deutschen Leser sei vor diesem Hintergrund die Biografie von Wolfgang Koydel, dem renommierten Amerikaredakteur der Süddeutschen Zeitung, ans Herz gelegt. Koydel informiert auf fesselnde Weise auch über das amerikanische Regierungssystem, über amerikanische Wahlkampfpraktiken und weiß mit Verve zu schreiben.

So bleibt das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im November vorerst auch in der Einschätzung aller Autoren offen. Dass das amerikanische Interesse an Kerry bis heute erstaunlich gering geblieben ist, zeigt sich auch darin, dass die oben genannte amerikanische Biografie bis heute kein Bestseller geworden ist.

Kerry hat sich im Wahlkampf bisher als wenig zündend erwiesen, sodass derzeit wohl kaum günstige Wetten auf einen Sieg Kerrys abgeschlossen werden können. Ob es Kerry in den letzten Monaten noch gelingen kann, entscheidend gegenüber dem Amtsinhaber zu punkten, bleibt vorerst offen. (*Michael Kranish, Brian C. Mooney, Nina J. Easton: John F. Kerry, Der Herausforderer*, Rowohlt Verlag, Berlin 2004, 336 Seiten; *Wolfgang Koydel, John Kerry, Eine neue Politik der Weltmacht USA?* Fischer Taschenbuch, Frankfurt/Main 2004, 206 Seiten)

Erratum

*Im Auftrag unseres Autoren informiert Sie die Redaktion über eine irrtümliche Zeitangabe in Ausgabe 416, Juli 2004, Seite 9:
Die Preußische Bekenntnissynode in Breslau fand nicht 1937 sondern 1943 statt.*